



Weltgesundheitstag: Volksanwaltschaft für kostenlose Impfungen

Achitz: Herpes-Zoster-Impfung für viele unleistbar – Prävention darf nicht vom Einkommen abhängen

„Prävention hält gesund, erspart den Menschen viel Leid und dem Gesundheitssystem Geld für die Heilbehandlung. Dazu bekennen sich in der trockenen Theorie alle. In der Praxis hängt aber viel von Bildung und Einkommen ab“, sagt Volksanwalt Bernhard Achitz anlässlich des Weltgesundheitstags (7. April): „Gesundheitsvorsorge muss man sich leisten können, auch hier gibt es immer noch Zwei-Klassen-Medizin. Immer wieder melden sich Menschen bei der Volksanwaltschaft, weil sie sich zum Beispiel die dringend empfohlene Herpes-Zoster-Impfung nicht leisten können. Empfohlene Impfungen sollten kostenlos sein!“

Impfung kostet 500 Euro

Herpes Zoster, auch als Gürtelrose bekannt, wird durch Viren ausgelöst, die häufig bereits in der Kindheit übertragen werden. Sie tritt meist bei älteren Menschen oder Menschen mit geschwächtem Immunsystem auf. Auch Schwangere und immunsupprimierte Personen haben ein erhöhtes Risiko. Dagegen gibt es eine hochwirksame Impfung, die laut Impfplan Österreich für Über-50-Jährige empfohlen wird. Die Kosten für eine Vollimmunisierung (zwei Dosen) betragen allerdings rund 500 Euro.

In einigen Beschwerden an die Volksanwaltschaft beklagten sich Menschen darüber, dass es für eine Impfung gegen Herpes Zoster keinen Kostenzuschuss gibt. Eine Wienerin gab etwa an, mit über 70 Jahren und aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustands zwar in die Risikogruppe zu fallen, sich die hohen Kosten für die Impfung mit ihrer kleinen Pension aber nicht leisten zu können.

Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängen – das muss auch für Vorsorge gelten

Angesichts der hohen Kosten für die Impfung regt die Volksanwaltschaft an, Personen jener Altersgruppe (ab 50 Jahren), für die es eine offizielle Impfempfehlung gibt, sowie für Personen mit erhöhtem Risiko für eine Erkrankung an Herpes Zoster zumindest einen Kostenzuschuss zu gewähren. Volksanwalt Achitz: „Prinzipiell wäre es natürlich auch bei anderen Impfungen sinnvoll, wenn sie für die Menschen kostenlos wären. Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängen – das muss auch für Vorsorge gelten.“

SERVICE: Die Volksanwaltschaft ist unter post@volksanwaltschaft.gv.at sowie unter der **kostenlosen Servicenummer 0800 223 223** erreichbar.

Rückfragehinweis:

Florian Kräftner

Mediensprecher im Büro von Volksanwalt Mag. Bernhard Achitz

+43 664 301 60 96

florian.kraeftner@volksanwaltschaft.gv.at